

## Haushaltsrede 2009

**Bernd Bohlen, Vorsitzender der SPD-Fraktion**

**Die SPD-Fraktion hat in der Ratssitzung am 24. März den Haushaltplan für das Jahr 2009 abgelehnt. Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen begründet in seiner Rede ausführlich das Nein seiner Fraktion.**

Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

gebetsmühlenartig wiederholen Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die SPD-Fraktion habe alle Haushalte der letzten Jahre abgelehnt. Das ist falsch! Den Haushalt im Wahljahr 2004 haben wir Sozialdemokraten mitgetragen. Nicht, weil wir überzeugt waren, dass dieser Haushalt seriöser gewesen wäre als die Haushalte davor. Auch nicht, weil die Ratsmehrheit oder die Verwaltung uns Sozialdemokraten entgegengekommen wären.

Nein! Mit der Zustimmung zum Haushalt 2004 verbanden wir die Hoffnung, dass nach der Wahl eine Koalition der Vernunft endlich Ernst macht mit der längst überfälligen Sanierung der städtischen Finanzen. Mit unserer Zustimmung wollten wir ein Signal setzen, gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg alle Anstrengungen zu unternehmen, Erfstadt wieder handlungsfähig zu machen.

Nach der Kommunalwahl haben wir wiederholt der Ratsmehrheit Angebote für eine gedeihliche Zusammenarbeit gemacht. Grundvoraussetzung: Die SPD findet sich mit ihren Anliegen und Vorschlägen im Haushalt wieder. Das lehnten CDU und FDP jedoch immer wieder ab. Es zählten nur ihre Vorschläge und ihre Interessen.

CDU und FDP setzten nach der Kommunalwahl 2004 dann ihre unseriöse Finanzpolitik unverändert fort. Nachhaltige finanzpolitische Entscheidungen kamen dabei nicht heraus. Wo

der kleinste gemeinsame Nenner zum Maßstab aller Beschlüsse wird, kann nichts Großes herauskommen. Allenfalls rein rechnerisch gelang es so, Jahr für Jahr einen Haushalt zu verabschieden, der sowohl den Bürgermeister als auch die Mehrheitsfraktionen vor der endgültigen finanzpolitischen Bankrotterklärung bewahrte.

Wo stehen wir heute? Grob gerechnet ergeben die Defizite, die in den Jahren seit dem ersten Haushaltsicherungskonzept in der Stadt aufgelaufen sind, eine Summe von rund 30 Millionen Euro. Etwas über 10 Millionen Euro wurden davon bisher zurückgezahlt. Das Geld stammt aus einem Trägerdarlehen der Stadt an die Stadtwerke. Die zahlten es im Jahr 2007 zurück. Die Stadt trug damit einen Teil der aufgelaufenen Altlasten ab. Allerdings gingen der Stadt dadurch fortan Zinseinnahmen in Höhe mehrerer 100.000 Euro verloren.

Festzuhalten bleibt: Diese 30 Millionen Euro sind reine Konsumentenkredite. Die Stadt hat Jahr für Jahr weitaus mehr ausgegeben, als sie einnahm. Wie in Privathaushalten darf eine Stadt laufende Ausgaben nicht durch Kredite finanzieren. Investitionen wurden damit nicht getätigt. Die Stadt hat einen immer größer werdenden Teil ihres Vermögens aufgezehrt. Wie sehr, das zeigt sich jetzt mit der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF).

Dieses finanzielle Fiasko haben nicht wir Sozialdemokraten zu verantworten. Zu verantworten haben es diejenigen, die Jahr für Jahr einem Haushalt zustimmten, der die Stadt immer mehr in die Schuldenfalle trieb. Entscheidungen, die langfristig einen Ausweg aus der Misere wiesen, gab es keine. Dazu war die Ratsmehrheit nicht fähig.

Ernsthafte Versuche, die Finanzen in den Griff zu bekommen, hat es in den letzten Jahren nie gegeben. Einsparungen im größeren Umfang blieben aus. Und wenn, dann traf es immer die Schwächeren: Mal die Putzfrauen, deren Jobs privatisiert wurden, mal die Schülerlotsen, die einfach abgeschafft wurden.

Phantasievoll war die Ratsmehrheit allenfalls dann, wenn es darum ging neue Einnahmen zu generieren. Dazu ein Beispiel: Für die Sanierung des Haushaltes 2007 griffen CDU und FDP besonders tief in die Trickkiste und in die Taschen der Bürger. Sie verdonnerten den Abwasserbetrieb zu einer millionenschweren Abgabe an die Stadt zur Rettung des Haushaltes. Sie führten beim Abwasserbetrieb eine Anlagenkapitalverzinsung ein, um so Geld der Gebührenzahler zur Sanierung des Haushaltes heranzuziehen.

Die Folge: Die bis dahin niedrigen Abwassergebühren explodierten. Einpersonenhaushalte mussten über 40 Prozent mehr zahlen.

Für den Eigenbetrieb Abwasser hat diese Entscheidung im Übrigen ganz fatale Folgen. Der Betrieb kann seine laufenden Ausgaben nicht mehr decken. Obschon die Abwasserkunden im Jahr 2007 über eine Million Euro mehr an Gebühren zahlten, machte der Betrieb in diesem Jahr einen Verlust von über 700.000 Euro. Stellt sich jetzt die Frage, wie geht es weiter? Wenn die von CDU und FDP eingeführte Anlagenkapitalverzinsung nicht rückgängig gemacht oder zumindest in der Höhe zurückgefahren wird, müssen spätestens im nächsten Jahr die Abwassergebühren erneut drastisch erhöht werden. Die Abwasserkunden werden dann doppelt zur Kasse gebeten: Einmal um die teurer gewordene Abwasserreinigung sicher zu stellen, und ein zweites Mal, um den städtischen Haushalt über die Runden zu bringen.

Der Haushalt 2008 brachte eine interessante Zäsur. Nicht, weil Verwaltung, CDU und FDP in diesem Jahr besser wirtschafteten oder weil die Einnahmen plötzlich sprudelten. Nein! Die Umstellung auf das neue kommunale Finanzmanagement (NKF) führte zu einem formalen Ausgleich. Die Stadt hatte plötzlich neue finanzielle Reserven. Keine realen. Allenfalls virtuelle in Form der so genannten Ausgleichsrücklage. Dieses finanzpolitische Instrument bietet die Möglichkeit, einen Teil des Eigenkapitals aufzuzehren. Für die Stadt waren dies rund 15 Millionen Euro. Und so lange die nicht in vollständig aufgebraucht werden, so lange braucht es kein Haushaltssicherungskonzept mehr.

An der finanziellen Schieflage hatte sich jedoch gegenüber dem Haushalt 2007 nichts geändert. Auch der Haushalt 2008 wies für die Stadt Erfstadt ein millionenschweres strukturelles Defizit auf. Wer wollte, hat dies gesehen.

In der Öffentlichkeit versuchten der Bürgermeister, aber auch die CDU-Fraktion, den Eindruck zu erwecken, als sei Erfstadt mit der Verabschiedung des Haushaltes 2008 aus dem Gröbsten heraus. Man habe es geschafft. Ohne die SPD, ganz allein aus eigener Kraft. Das Haushaltssicherungskonzept sei passé, der Weg in eine bessere Zukunft gesichert.

Dazu kam ein weiteres Geschenk: Die Stadt Erfstadt erhielt 1,6 Millionen Euro aus dem Fonds Deutscher Einheit zurück. Diese Einmalzahlung verbesserte das rechnerische Ergebnis noch einmal erheblich. Schlicht vergessen wurde in der ganzen Euphorie, dass da noch ein Verlust aus dem Eigenbetrieb Straßen abzuschreiben war.

Wir Sozialdemokraten haben dem Haushalt 2008 nicht zugestimmt. Wir haben die Augen nicht verschlossen. Wir haben von Anfang an klar und deutlich erklärt, dass mit diesem Haushalt keine Wende zum Besseren eintreten würde. Wir haben uns nichts vormachen lassen – weder vom Bürgermeister, noch von der Ratsmehrheit.

Die Entwicklung hat uns Recht gegeben. Als der Bürgermeister den Haushalt 2009 einbrachte, war auch dem Letzten klar: Die kosmetischen, zum Teil unseriösen Konsolidierungsbemühungen der letzten zehn, zwölf Jahre waren kläglich gescheitert. Das Gerede vom Durchbruch zu besseren Zeiten erwies sich als Märchen. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 wies ein Rekorddefizit von weit über 7 Millionen Euro aus.

Doch statt nun endlich aufzuwachen, gab der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede dann auch gleich die Marschrichtung für die anstehenden Haushaltsplanberatungen vor. Es war wie immer: Das Defizit sei nicht hausgemacht. Die Schlüsselzuweisungen seien zurückgegangen. Beim Eigenbetrieb Straßen müsse man jetzt ein Defizit ausweisen. Und: Ganz gleich, was der Rat jetzt beschließe, für den Haushalt 2009 hätten die Beschlüsse keine Auswirkungen mehr. Das Motto lautete: Augen zu und durch.

Und genauso ging dann die Ratsmehrheit die Haushaltsplanberatungen an. Ein Angebot der SPD-Fraktion, jetzt angesichts des katastrophalen Defizits endlich zusammen zu arbeiten, lehnte die CDU-Fraktion einmal mehr kategorisch ab.

Ich weiß nicht, was angesichts der Zurückweisung der vielfältigen Angebote der SPD-Fraktion das Gerede soll, wir Sozialdemokraten verweigerten uns, Verantwortung für den Haushalt der Stadt zu tragen. Ich betone hier ausdrücklich: Wir Sozialdemokraten sind gerne bereit, Verantwortung zu tragen, Verantwortung für den Haushalt der Stadt Erfstadt, Verantwortung für das Allgemeinwohl. Wir sind aber nicht bereit, Verantwortung für die Fehler und das Versagen anderer zu übernehmen. Das müssen Sie dann schon selbst tun.

Zum Abschluss der Haushaltsplanberatungen 2009 bleibt festzuhalten: Das Defizit ist noch größer geworden. Die finanziellen Aussichten sind katastrophaler denn je. Der Rückfall ins Haushaltssicherungskonzept wurde rein rechnerisch für dieses Jahr noch einmal ganz knapp vermieden. Wer genau hinschaut, stellt aber fest, dass spätestens im nächsten Jahr der Weg zurück ins HSK führt. Würde die Ratsmehrheit die Warnungen der Experten über wegbrechende Steuereinnahmen zur Kenntnis nehmen, würde sie schnell erkennen, auf welch

wackligem Fundament der Haushalt 2009 steht. Schon die nächste Steuerschätzung im Mai wird das Finanzgebäude zum Einsturz bringen.

Wirkliche Anstrengungen, das Haushaltsdefizit zu verringern, waren bei der Mehrheitskoalition nicht zu erkennen. Im Gegenteil: es wurde wiederholt kräftig draufgesetzt. Und im Wahljahr blieben auch die üblichen Wahlgeschenke nicht aus.

Allen voran nutzte die FDP-Fraktion ihre politische Macht aus. Sie setzte eine Senkung der Gewerbesteuer um 20 Punkte durch. Das macht sich in diesem Haushalt immerhin mit knapp 300.000 Euro negativ auf der Einnahmenseite bemerkbar. Zugute kommt dieser Senkung den wenigen Gewerbetreibenden, die in Erfstadt Gewerbesteuer zahlen. Ob das wirklich der von der FDP in den Mittelpunkt gerückte Mittelstand ist, ist sehr fraglich. Einer der größten Gewerbesteuerzahler ist zum Beispiel die Kreissparkasse Köln.

Was durch die Steuersenkung erreicht werden soll, ist ebenfalls nicht ersichtlich. Um Erfstadt für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden interessanter zu machen, spielen ganz andere Dinge eine wichtige Rolle. Die Gewerbesteuer ist gewiss kein entscheidender Faktor.

Dass Erfstadt mehr Gewerbe, mehr Arbeitsplätze braucht, darin stimmen wir Sozialdemokraten der FDP-Fraktion durchaus zu. Wir aber glauben, dass es wichtiger ist, unseren Wirtschaftspark interessanter zu machen und für mehr Branchen zu öffnen. Einen richtigen Weg sehen wir in Neuausrichtung der Einzelhandelsstruktur. Wir hoffen, dass das von uns durchgesetzte Einzelhandelskonzept hier wertvolle und wichtige Hinweise liefert.

Gerade im Einzelhandel, in der Ansiedlung neuer Branchen, in der Stärkung vorhandener Betriebe, sehen wir eine große Chance für die Stadt. Die äußerst niedrige Kaufkraftbindung lässt hoffen, dass durch eine Verbesserung der Einzelhandelsstrukturen mehr Geld in der Stadt bleibt und so mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik lässt sich nicht mit einer Stimme Mehrheit machen. Da ist ein Mindestmaß an Konsens gefordert. Da müssen viele mitmachen. Das gilt im Übrigen auch für die Stadtentwicklung, die ja bereits im letzten Jahr auf die Zeit nach der Wahl verschoben wurde.

Wenig überzeugend und schon gar nicht von großer Nachhaltigkeit ist und war die Diskussion über die Ausgaben der Konjunkturfördermittel. Parteitaktische Überlegungen spielten hier

vor allem bei der CDU einmal mehr die entscheidende Rolle. 350.000 Euro, das sind 17,5 Prozent der im Bereich Infrastruktur zur Verfügung stehenden Mittel, werden für ein Projekt zur Verfügung gestellt, dessen Realisierung und dessen gesamte Finanzierung völlig ungesichert ist. Ich meine damit das Dorfgemeinschaftshaus in Erp. Die Baumaßnahme muss bis Sommer 2010 beendet sein. Die Mittel sind 25 Jahre zweckgebunden. Zumindest die erste Voraussetzung ist nach unserem Ermessen kaum zu erfüllen. Und wenn die Halle nicht fristgerecht fertig wird, müssen die Mittel zurückgezahlt werden. Das sind immerhin 350.000 Euro. Für die Stadt kann es aber auch wesentlich mehr sein, wenn sie das Risiko allein übernimmt.

Darüber hinaus kostet der Zuschuss, den die CDU als Wahlgeschenk nach Erp gibt, die Stadt zukünftig jährlich 46.000 Euro. So teuer ist es nämlich, wenn die Stadt die nun fehlenden 350.000 Euro zur Verlagerung des Sportplatzes Lechenich zusätzlich finanzieren muss. Die Sportplatzverlagerung muss die Stadt jetzt ebenfalls vorantreiben, damit die dafür vorgesehenen Mittel nicht verfallen. Das Beispiel zeigt: Die Ratsmehrheit macht eine Finanzpolitik, die sich nicht am Notwendigen orientiert, sondern dem parteipolitischen Kalkül untergeordnet ist. Von einer verlässlichen zukunftsorientierten Politik zeugt das Ganze nicht.

Von einer seriösen Finanzpolitik ist auch nichts zu spüren, wenn vor allem die CDU sich für die Umsetzung des archäologischen Landschaftsparks stark macht. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass dessen Realisierung 3 Millionen Euro kostet. Die Stadt selbst muss davon mindestens 600.000 Euro aufbringen. Allein das ist schon viel für eine Stadt, die demnächst wieder im Haushalts sicherungskonzept ist. Noch schlimmer ist es aber, dass hier eine Anlage geschaffen werden soll, die erhebliche Folgekosten in Form von Instandhaltungs- und Pflegekosten nach sich zieht. Diese Kosten sind völlig unbekannt. Unter diesen Umständen ein solches Projekt fortzuführen ist nicht nur unseriös, sondern sogar fahrlässig. Hier könnten Kosten in erheblichem Umfang eingespart werden.

Unverständlich ist auch die Personalpolitik von CDU und FDP. Dass die FDP vorschlägt, drei Stellen bei der Umsetzung der beiden Bürgerbüros einzusparen, ist zumindest noch vor dem Hintergrund der finanziellen Situation in dieser Stadt zu verstehen. Aber dass sie dann auch gleich eine Höhergruppierung ablehnt, ist nicht nachvollziehbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Bürgerbüros müssen mehr Aufgaben übernehmen, ihre Arbeitszeit ist wesentlich flexibler.

Dass die Stadt Erfstadt einen Sportmanager braucht, auf die Verbesserung der Pflegeberatung jedoch verzichten kann, ist für uns Sozialdemokraten aber auch für viele andere in der Stadt eine völlig unverständliche Entscheidung. Die demographische Entwicklung sagt uns, dass gerade die Pflege und damit auch die Pflegeberatung einen immer höheren Stellenwert einnehmen werden. Die Stelle wird also gebraucht. Das sieht im Übrigen auch der Seniorenbeirat so. Die Stelle des Sportmanagers ist dagegen allenfalls wünschenswert, aber keineswegs zwingend erforderlich. Dass sie ausgerechnet jetzt eingesetzt wird, obwohl der Stadt einmal mehr das Wasser bis zum Hals steht, ist für die SPD-Fraktion unverständlich.

Ein weiterer Punkt muss – auch wenn er für den Haushalt 2009 keine direkte Bedeutung hat – noch angesprochen werden. Das ist die Diskussion um die Zukunft der Bäder. Da stellen sich FDP und Grüne allen Ernstes hin und wollen der Bevölkerung vorgaukeln, dass durch die Errichtung eines zentralen Kombibades insgesamt Kosten in dieser Stadt gespart werden können. Natürlich unter der Voraussetzung, dass dabei zumindest die beiden Freibäder in Lechenich und Kierdorf, sowie die beiden Lehrschwimmbecken in Bliesheim und Erp geschlossen werden. Das Ganze funktioniert auch nur dann, wenn die Stadt einen privaten Investor für das zentrale Kombibad findet.

Den Beweis dafür, dass der Bau eines neuen zentralen Bades preiswerter ist, sind uns FDP und Grüne bis heute schuldig geblieben. Bekannt ist aber, wie hoch die Sanierungskosten der Bäder sind. Bekannt ist auch, wie hoch deren Betriebskosten sind. Bekannt ist, dass sich durch eine sukzessive Sanierung in erheblichem Umfang Betriebskosten einsparen lassen. Die Schulleiterkonferenz hat sich gegen eine Schließung der Lehrschwimmbecken ausgesprochen. Der Stadtsportverband hält den Erhalt der vorhandenen Bäder ebenfalls für richtig. In Kierdorf, Bliesheim und Erp machen sich Initiativen für den Erhalt der Bäder stark. Warum also wird weiter taktiert? Warum wird jetzt nicht das Richtige beschlossen? Nämlich die sukzessive Sanierung aller städtischen Bäder.

Bremsen, zaudern und aussitzen – diese Vorgehensweisen haben wir in den letzten Monaten vor allem bei der CDU-Fraktion immer wieder erlebt. Dies vor allem auch bei Entscheidungen, die sich unmittelbar auf die finanzielle Situation der Stadt auswirken – wenn auch nicht immer direkt.

Einige Beispiele:

- Erfstadt braucht zukünftig nur noch eine Hauptschule. Durch die Zusammenlegung der beiden Hauptschulen im Schulzentrum Lechenich ließen sich in Liblar eine Reihe von seit Jahren anstehenden Problemen und Vorhaben lösen und umsetzen. Die Stadt würde auf Dauer Geld sparen. Die CDU-Fraktion sagt nein, weil sie sich davon im Wahlkampf ein paar Stimmen mehr erwartet.
- Die demographische Entwicklung macht auch vor den Toren Erfstadts nicht Halt. Eine Entscheidung darüber, wie die Stadtentwicklung darauf reagieren soll, wurde von CDU und FDP schon im letzten Jahr bis nach dem Wahltermin verschoben. Wertvolle Zeit wurde damit vergeudet, was sich letztendlich negativ auf die Stadt auswirken wird.
- Bei der Diskussion über das Auslaufen des Konzessionsvertrags favorisieren CDU und FDP die Verlängerung mit der RWE. Sinnvolle Alternativen, wie etwa der Kauf des Stromnetzes, werden nicht geprüft. Dabei geht es bei dieser Entscheidung um sehr, sehr viel Geld für die Stadt.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern: In diesem Wahljahr werden wir dem Haushalt nicht zustimmen, in der Hoffnung, dass es nach der Wahl zu der notwendigen Koalition der Vernunft kommen wird. Die Stadt braucht einen Neuanfang, sie braucht eine verlässliche und mutige politische Führung. Dafür werden wir in den nächsten Monaten kämpfen.

Heute Morgen beim Frühstück reichte mir meine Tochter das Horoskop aus dem Magazin des Kölner Stadt-Anzeigers. Dort ist für den heutigen Tag zu lesen: „Wer behauptet, Sie seien im Hauptberuf Chefkritiker, der ist bestimmt nur auf Ihre Fähigkeiten neidisch, alles im Leben sorgfältig zu prüfen und Wichtiges zu hinterfragen. So haben Abzocker keine Chance.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.